

Markus Schnapka, Bonn

Beitrag zur 28. Bezirkskonferenz der AWO Bezirksverband Württemberg e.V.

am 19. April 2008

Die AWO Württemberg macht sich stark für Familien Für gerechte Bildung, Erziehung und Betreuung

1. Familie hat Konjunktur

Geht man von Sitzungsprotokollen der Parlamente, den Nachrichten in den Medien oder auch den jüngsten Anstrengungen des Gesetzgebers auf Bundes-, teilweise auch auf Länderebene aus, dann steht Familie hoch im Kurs. Sie ist ohne Zweifel aus dem Sonntagsredenstadium herausgewachsen.

Familienpolitik avanciert zu einem heißen Wahlkampfthema. PolitikerInnen jeder Parteifarbe werden in Sachen Familienfreundlichkeit aktiv. Und gehen mit ihren Vorschlägen mitunter auch weiter als die bestehende Verfassung: Familienwahlrecht ist so eine schlagzeilenträchtige Position, immer wieder Thema in Sachsen. Danach sollen Eltern für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr eine zusätzliche Stimme erhalten und die Politik so zu familienfreundlicherem Handeln gezwungen werden.

Familienpolitik bekommt Biss, wird ernster genommen und erhält – nur Bares ist Wahres – messbare Ziffern in Haushaltsplänen.

Die kürzlich beschlossene Erweiterung des Kindes- und Jugendhilfegesetzes, der Ausbau im Elementarbereich mit Förderung durch Bundesmittel, die Betreuung von unter 3jährigen Kindern hat sehr viel mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erhalten als seinerzeit der Quantensprung beim Wechseln vom JWG zum KJHG – und diese Gesetzeserneuerung, initiiert von der früheren Bundesfamilienministerin Renate Schmidt, ist einer der wenigen Vorstöße der alten Bundesregierung, die nahezu ungeteilte Unterstützung in der Bevölkerung finden. Und Frau von der Leyen setzt diese Politik mit deutlichem politischem Rückenwind erfolgreich fort - und erhält die Anerkennung, die ihrer Vorgängerin versagt blieb.

Der Staat legt nach, denn

Familien befinden sich in einem epochalen und rasanten Wandel. Das alte, in manchen Köpfen und Gesetzen immer noch konservierte Bild von Vater, Mutter, Kind, Kind schwindet in der realen Welt und büßt seine normleitende Funktion mehr und mehr ein.

2. Familie ist bunt

2.1 Wir emanzipieren uns

Das 20. Jahrhundert wird in der künftigen Geschichtsschreibung als das Jahrhundert der Frauenemanzipation beschrieben werden. Diese Bewegung hat keinen Winkel

unserer Erde, keinen Menschen und kein gesellschaftliches System unberührt und unverändert gelassen. Die größte Errungenschaft des vergangenen Jahrhunderts ist die Emanzipation der Frauen – es gilt, die Früchte dieses Erfolges jetzt im 21. Jahrhundert zu ernten und dafür zu sorgen, dass die Männer konsequent nachziehen. Durch die anderen gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen wie Globalisierung oder Arbeitsmarktstrukturwandel gerät dieser Fortschritt unserer Gesellschaft manchmal aus dem Blick. Hier und da wird das alte Norm- und Wertgerüst mit antiken Familienleitbildern wieder herbeigesehnt, weil die Vergangenheit uns mit ihren damaligen Regeln Sicherheit vorgaukelt. Das Rad der Emanzipation lässt sich aber nicht mehr zurückdrehen – und auch Stillstand wäre (nicht nur genderpolitisch) eindeutig Rückschritt.

Mit der formalen und zunehmend gelebten Gleichberechtigung gestaltet sich Familie neu, die Ehe ist eindeutig nicht mehr ihr Mittelpunkt und Garant.

Die deutsche Sprache reagiert hektisch und hält doch bei diesem Tempo der Entwicklung kaum mit: Von Ein-Eltern-Familien ist die Rede, von Patchworkfamilien, von Lebensgemeinschaften, von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, von Lebensabschnittspartnern. Das sind zwar Wortungetüme, aber sie markieren den Wandel ebenso wie sinkende Heirats- und steigende Scheidungsziffern.

Wir emanzipieren uns von der Norm „Bis dass der Tod Euch scheidet“. Sich von dieser zu oft erlebten Fiktion zu trennen, bedeutet Konflikte, bedeutet Neuorientierung. Sowohl persönlich, wie auch als System und Sozialisationsinstanz. Es gilt, sich diesem Wandel zu stellen, ihn zu gestalten. Es wäre fatal, sich ihm einfach zu überlassen.

2.2 Wir werden internationaler.

Wir Deutschen profitieren von und klagen mitunter über die Migrationsbewegung, die die demografische Entwicklung der westlichen Welt mehr beeinflusst als die Geburtenziffern. In rund zehn Jahren wird jeder dritte junge Mensch im Alter bis zu 18 Jahren einen Migrationshintergrund haben (die vornehme Umschreibung für „Ausländer“ – weil die Passfarbe kaum noch als Unterscheidungsmerkmal ausreicht). Ihr Fortschritt und ihr Erfolg in der Bildung und im Beruf ist zu einem guten Drittel maßgeblich für Steuereinkommen, Wohlstand, Altersversorgung, sozialen Frieden künftiger Generationen.

Die Integration, die die Mehrheit eines Volkes ebenso stark beansprucht wie seine Minderheiten, ist deshalb keine soziale Wohltat, sondern eine überfällige Veränderung. Diese Veränderung stellt sich nicht von selbst durch Nebeneinanderleben ein, sondern will erarbeitet sein. Die soziale und berufliche Integration der Migrantenfamilien ist ohne Alternative und für die gesamte Bevölkerung Deutschlands zukunftsentscheidend.

Und es ist höchste Zeit: Die Bildungs- und Arbeitsmarktdaten von in Deutschland lebenden MigrantInnen sind alarmierend schlecht, die Integrationschance haben wir bisher noch nicht wirklich wahrgenommen. Wir brauchen mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland – und mehr Wertschätzung für die Vielfalt der Kulturen, ohne die heute kein Gemeinwesen in Europa überlebensfähig ist.

2.3 Wir werden älter.

Der Generationenvertrag, der das Versorgungsverhältnis zwischen Jung und Alt regelt, gerät kräftig aus den Fugen – vor allem in Deutschland, das immer noch die Folgen des Wende-Schocks zu verdauen hat. Die Bevölkerungsdepression in Sachen jüngere Jahrgänge erfasst unseren Staat als Ganzes. Das Miteinander der Generationen wird durch die Grenzen des Rentensystems gefährdet. Der Zenit des Auseinanderklaffens von Einzahlern und Nutzern in diesem System der Alterssorge liegt noch vor uns. Die medizinischen Erfolge der letzten Jahrzehnte und eine allmähliche Gesundung der Umwelt führen zu einem längeren Leben, das nicht umsonst ist.

2.4 Arm und reich in Deutschland

Familien (und ganz besonders diejenigen, die ein entsprechendes marktgerechtes Potential vorweisen können) lassen sich dort nieder, wo es sich zu leben lohnt. Wo der Arbeitsmarkt stimmt, wo Sozial-, Konsum- und Verkehrsinfrastruktur funktionieren, wo die Umwelt floriert, wo Schule und Kindergarten gut proportioniert sind, entstehen Zuzugsgebiete, boomt der Bevölkerungsfaktor. Wo allerdings Arbeitslosigkeit, Armut und strukturelle Schwächen einander ergänzen, ziehen die Leute, die sich's leisten können, weg.

Den ärmeren Regionen und Kommunen droht ein Stigmatisierungseffekt, denn Bevölkerungsarmut wird zu einer sich verfestigenden „Krankheit“. Es verfestigt sich darüber hinaus gerade mit den Verschärfungen des Sozialrechts (Hartz IV) eine Armutstendenz, die vor allem Familien mit Kindern erfasst. Nie war ein Sprichwort so falsch wie „Armut schändet nicht“, denn Armut schändet und verstärkt alle Effekte, die das Weniger an Sozialstaat gesamtgesellschaftlich auslöst. Und alle Untersuchungen (denn erforscht ist das Thema reichlich) zeigen, dass bis auf wenige Einzelfälle Armut erblich ist. Aus armen Familien entstehen wieder arme Familien, die Aufsteigerbeispiele bleiben Einzelbeispiele. Für die vielen von struktureller und individueller Armut betroffenen Kommunen kann nur gelten, dass sie alles tun, um dieser Stigmatisierung zu begegnen. Es ist kein Widerspruch, damit auch dem Effekt der Kinder- und Jugendarmut (zu wenig junge Menschen) entgegenzuwirken, denn die Konkurrenz der Städte und Regionen um junge EinwohnerInnen wird sich in den nächsten Jahren eher verschärfen.

Die wissenschaftlichen Untersuchungen – insbesondere die Langzeitstudie von Gerda Holz (AWO/ISS) - liefern alarmierende Daten, die zeigen, dass sich die Armut von Kindern und die demografische Armut unserer Gesellschaft an Kindern verhängnisvoll ergänzen. Je mehr arme Kinder chancenlos bleiben, desto drastischer nimmt das Gesamtsystem Schaden. Ebenso wie die kulturelle Integration ist die Armutsbekämpfung keine soziale Wohltat, sondern eine Notwehrreaktion des Staates, die sich nicht gegen Arme, sondern gegen die Ursachen für Verarmung richten muss und die Folgen zu kompensieren hat.

Die familienpolitischen Themen Bildung, Erziehung und Betreuung oder auch Schule und Jugendhilfe bekommen deshalb eine ganz besondere Brisanz, weil ihre Leistungen mit ausschlaggebend sind dafür, welchen Reiz eine Infrastruktur fürs Kinderkriegen oder das Niederlassen bietet.

Und wir tun gut daran, dabei die Älteren und die Alten nicht als Last, sondern als Potential zu begreifen. Familienpolitik kann – so zeigen viele Projekte, Vereine, Initiativen – mit den Alten rechnen. Sie sind kein altes Eisen, sie sind Kraft und Energie für das soziale Gemeinwesen, das sich mit Sicherheit nicht auf die staatliche Alimentation allein verlassen kann.

2.5 Familie hat Sonnen-, aber auch Schattenseiten

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mein Eindruck ist, dass Gewalttaten in der Familie zunehmen. Eltern lassen ihre Kinder verhungern, Frauen werden zu Gewaltopfern ihrer Ehegatten und umgekehrt, Kinder sind bevorzugte Opfer und zunehmend auch Täter. Nun hat es diese Erscheinungen auch früher gegeben, und eine technisch besser ausgestattete Medienlandschaft sowie die moderne Ermittlungsarbeit der Polizei bringt vieles ans Tageslicht, was früher verborgen blieb. Tatsache ist, dass die Zahl der Kindstötungen durch Eltern sich seit 1993 halbiert hat.

Tatsache ist, dass die familieninternen Kapitalverbrechen in den letzten 5 Jahren zunehmen.

Tatsache ist auch, dass sich die Berichterstattung und die Gerichtsverfahren zu innerfamiliärer Gewalt gegen Kinder, Missbrauch, Vernachlässigung vervielfacht haben.

Die alten Regeln und tradierten Normen verlieren ihre Gültigkeit, und neue stabile Werte müssen erst Wurzeln ziehen. In dieser Umbruchsituation sind vor allem Familien, die wenig Möglichkeiten und viele Handicaps haben, gefährdet. Familie ist nicht einfach und per se gut, sie kann auch ein Ort der Gewalt, der Unterrückung und des Egoismus sein.

Der Familienwandel ist ohne eine aktive Sozialstaatspolitik lediglich für die Familien von Vorteil, die ohnehin Vorteile haben. Das Gemeinwesen wird jedoch nur dann profitieren, wenn Familien mit wenig Chancen ausgleichend unterstützt werden und die Veränderung der Familie zu einem breiten Gewinn führt

3. Die Chance: Bildung, Erziehung, Betreuung als Ganzes

Die **Elementarpädagogik** aus Deutschland ist seit der Weimarer Republik (mit Ausnahme der 13 Jahre deutschen Faschismus) ein Exportschlager. Mit dem Kindergarten haben wir eine Qualität bewiesen, die andere Länder so weit überzeugte, dass sie nicht nur das Konzept, sondern vielfach auch gleich den Begriff Kindergarten übernahmen.

Doch unser Kindergarten ist etwas in die Jahre gekommen und hat mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen der frühen Förderung nicht Schritt gehalten. Jetzt geht es darum, dass wir auch an und mit unseren Qualitäten lernen, also die Stärken ausbauen und die Schwächen im Bildungssystem abbauen

In der frühen Kindheit werden die wichtigsten Entwicklungsschritte getan – hier wird das Fundament gelegt für alle weiteren Bildungserfolge. Hier wird die erste Chance

geboten, Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen und dazu beizutragen, dass die formale Bildung oder das Einkommen der Eltern nicht automatisch zum Steuerungsfaktor der Bildung ihrer Kinder wird.

Und hier werden die Eltern mit ins Boot geholt. Das Lernen im Elementarbereich kennt viele Akteure – es funktioniert in einer Bildungs- und Erziehungspartnerschaft und ist damit auch ein Modell für die Schule.

Dennoch – der Kindergarten kann sich nicht einfach auf seinen Lorbeeren ausruhen: Das neue Verständnis einer gesellschaftlichen Bildungsverantwortung fordert auch die Kindertageseinrichtungen.

Bildungspläne und Bildungsvereinbarungen beschreiben den pädagogischen Reichtum einer Tageseinrichtung und macht ihn transparent, ohne den Kindergarten zu verschulen oder zu bürokratisieren. Seine Stärke ist der individuelle Ansatz; es wäre gefährlich, ihm schulartige Curricula aufzudrücken und ihn zu „verplanen“ – in der irrigen Hoffnung, die Kinder würden frühzeitig auf formale Lernerfolge getrimmt.

Die Antwort auf den PISA-Schock ist nicht etwa, früher und schon im Kindergarten 1x1 und ABC einzutrichtern. Wir brauchen individuelleren Bezug und kreative Gestaltung ebenso wie exaktere Planung und Wirkungserkenntnis, Und wir brauchen mehr Flexibilität bei den Öffnungszeiten, mehr Betreuungszeit am Tag, besser ausgebildete ElementarpädagogInnen, mehr Fachpersonal und insgesamt mehr Verlässlichkeit in der Pädagogik des Elementarbereiches.

Das ist mehr, als der Kindergarten derzeit bietet. Aber er bietet mit dem, was er hat, eine ausgezeichnete Substanz für die Verbesserung der Elementarpädagogik.

Was stört, sind die **Elternbeiträge**. Ich weiß, dass die Kommunen auf jede Einnahmequelle angewiesen sind und die Forderung nach Aufhebung der Elternbeiträge den zu engen Budgets der Kommunen entgegensteht. Dennoch ist der Grundsatz, dass Eltern für die reguläre Bildung ihrer Kinder nichts bezahlen sollen, richtig und der Verfassung entsprechend logisch. Doch der Finanzdruck bewirkt im Gegenteil, dass mit Elternbeiträgen zur Ganztagsbeschulung ein Trend Richtung „Schulgeld“ wieder reanimiert wird. Bei Kindergarten und Schule haben Elternbeiträge nichts verloren, sie behindern die Wahrnehmung von dringend und für jede/n notwendigen Bildung-, Erziehungs- und Betreuungsinstanzen. Sie machen den Bildungserfolg abhängig von der Zahlungsbereitschaft der Eltern. Das ist – den Willen nach besserer und nachhaltiger Wirkung vorausgesetzt – anachronistisch. Und es gibt Bewegung in den Bundesländern: In Rheinland-Pfalz ist seit 2007 jedes Kind ab 2 Jahren beitragsfrei, in Niedersachsen zahlen Eltern im letzten Kindergartenjahr nichts.

Eine weitere Herausforderung ist die **Aus- und Weiterbildung der ErzieherInnen**. Dieses Berufsfeld darf nicht weiter als wissenschaftsferne Pädagogik verstauben. Wir haben sehr gute Untersuchungen zur frühen Förderung (etwa vom IfP) und einen absoluten Mangel an Umsetzung dieser Erkenntnisse. Die zeitgerechte Qualifizierung zur/zum Elementarpädagogin/en ist überfällig. Der ErzieherInnenberuf wird so lange unattraktiv bleiben, wie er so schlecht bezahlt, so langwierig erworben, so wenig aufstiegseröffnend und hierarchisch so weit unten eingestuft wird. Wir

brauchen, wenn wir leistungsfähigere Kindergärten wollen, gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte - und zwar Männer und Frauen. Hier unterscheidet sich der Kindergarten nicht von anderen Berufsfeldern.

Die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen von Bildung hat der frühere Bundespräsident **Johannes Rau** beschrieben: „**Bildung ist immer langfristig angelegt. Sie braucht Zeit. Man muss sich diese Zeit auch nehmen und geben. Für Bildung am Beginn des Lebens gilt das ganz besonders.**“

Der Ausbau der Angebote für unter 3jährige, die Qualifizierung des Kindergartens und der Ausbau der Ganztagschule sind Instrumente, mit denen der Wandel unserer Bildungsinstanzen unterstützt werden kann.

Abschied von der Zergliederung der Schule, Abschied vom Sitzenbleiben, Abschied von einseitig formalen Curricula, Öffnung der Schulen:

das wären bildungspolitische Initiativen, die das Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe begünstigen. Die Weiterentwicklung von Kindergärten und Schulen von Einrichtungen und Angeboten des sozialen Lernens in Häusern für Kinder und Familien ist angesagt.

Allerdings macht sich negativ bemerkbar, dass wir im Vergleich zu erfolgreichen OECD-Mitgliedsstaaten spät mit dem Umbau des Bildungssystems beginnen, nämlich in einer Zeit, in der trotz einer allmählichen finanziellen Erholung der öffentlichen Haushalte jede Fortschrittsbewegung teuer erkaufte sein will.

Doch einen besseren Zeitpunkt werden wir wohl kaum abwarten können.

Abschied vom Bildungsmonopol der Länder

Nun sieht unser föderaler Aufbau die Gestaltungsverantwortung vor allem bei den Bundesländern vor, die angesichts ihrer Überschuldungsszenarien die Verantwortung mittels pflaumenweichem Umdeuten des Begriffs „Bildung“ auf die Kommunen weiter schieben. Und so steckt der Karren im zähen Zuständigkeitsstreitmorast oft genug fest.

Derzeit kann der Bund sich – außer mit Projekten und Forschung – an der Bildung nur investiv beteiligen. Dies ist antiquiert und führt immer wieder dazu, dass die Mittel auf länder- und kommunaler Ebene eher systembetonierend statt fortschrittlich wirken.

Bildung, Erziehung und Betreuung sind als Förderung im Kontext zu verstehen, als gesamtgesellschaftliche Aufgabe von allen drei Ebenen zu begreifen und auch zu finanzieren. Eine neue, eine klare Rollenverteilung von Bund, Ländern und Kommunen ist im Abgleich mit einer neuen Steuerverteilung notwendig. In den Kommunen wird die selbständige Schule zur Regel werden – und die kommunale Schulverwaltung inhaltliche Kompetenzen erhalten müssen. Die gemeinsame Verantwortung von Schule und Jugendhilfe für eine fortschrittliche Bildung wird praktisch in der Stadt, der Gemeinde, dem Kreis entschieden, die Schizophrenie der Trennung in innere (das Land ist zuständig) und äußere (die Kommune ist zuständig) Schulangelegenheiten muss endlich ein Ende haben. Hier zu investieren heißt, in die Zukunft unserer Familien und unserer Kinder zu investieren.

4. Neue und „alte“ Akteure für Familien an einem Strang!

Unternehmen/Gewerkschaften

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hat aus einer Befragung, die er in Auftrag gegeben hat, Ergebnisse und Forderungen abgeleitet. In der Regel darf man aus dieser Quelle Initiativen erwarten, die wirtschaftspolitischer Natur sind, die Umsatz- und Profitsteigerung im Blick haben und die Liberalisierung des Marktes als Credo vertreten. Die seit 2006 vorliegende Veröffentlichung ist dem Wirtschaftsstandort Deutschland gewidmet und seiner wichtigsten Ressource: den Menschen, hier insbesondere den Kindern. Mit frischen und klaren Formulierungen kommt der DIHK zu Ergebnissen, die wir aus der Arbeiterwohlfahrt auch kennen.

Aber manchmal kommt es eben darauf an, wer die Wahrheit verkündet.

„Öffnungszeiten sind Stolpersteine oder „Schließzeit – Saure Gurkenzeit“ heißt es da in der Analyse. „Kinderbetreuung mit Erwerbstätigkeit vereinbaren, Netzwerke ausbauen, Flexibilität ermöglichen, Kinder auf die Schule vorbereiten“ heißt es im Forderungskatalog, der in der Parole mündet, dass Deutschland bis 2015 das kinderfreundlichste Land Europas werden soll. Die Qualität des Angebotes kommt bei diesem Katalog noch ein wenig kurz, aber dafür, dass der DIHK nun nicht gerade eine Lobbyinstanz für Pädagogik und Jugendhilfe ist, sind die Aussagen leicht mit denen der Jugendhilfelobby in Einklang zu bringen.

Da tut sich im Interesse der Weiterentwicklung unseres Staates für seine EinwohnerInnen eine neue Linie auf, die Familien-, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen in einem neuen, gemeinsamen Ziel zusammenbringen:

Kinderfreundlichkeit.

Auf Gewerkschaftsseite ist da noch Nachholbedarf. Vor allem die GEW hat das Potential als Innovationsmotor, wird aber allzu oft von der großen verdi.-Linie abgekoppelt. Das allgemeinpolitische Mandat der Gewerkschaften ist gerade angesichts der dramatischen Veränderungen des Sozialrechts auch in der Familienpolitik gefragt.

Freiwilligendienste/Ehrenamt

Immer wieder wird die Ressourcenklage angestimmt, wenn Erneuerung notwendig wird. Und es ist ja auch richtig, den Einsatz der knappen vorhandenen Ressourcen zu prüfen und neu zu gewichten. Es kann aber auch lohnend sein, den Blick auf die Ressourcen zu richten, die bislang ungenutzt oder zu wenig beachtet blieben. Im Feld der sozialen Arbeit für Familien ist das Potential ehrenamtlicher und freiwilliger Tätigkeit nur zu einem geringen Teil entdeckt. Da ist noch viel mehr möglich – aber eben nicht in den institutionellen Strukturen, die die soziale Erwerbsarbeit auszeichnen.

Die Reserve von Profis, ihre Arbeit und ihre Arbeitsplätze könnten durch mehr Ehrenamt gefährdet werden, ist angesichts der neuen Aufgaben, die wir in unserer Gesellschaft zu schultern haben, deplaziert und überflüssig. Die Profis müssen Partner des Ehrenamtes sein oder werden.

Was wir nun brauchen, ist ein Freiwilligengesetz, das einerseits dem Einsatz von jungen Menschen einen Rahmen gibt und neben dem Einsatz für Umwelt, Soziales und Kultur auch Bildungsinhalte regelt, das aber andererseits auch dem Ehrenamt

erwachsener Menschen eine Orientierung gibt. Denn wenn auch das Ehrenamt und die Freiwilligenarbeit nicht im üblichen Sinne entlohnt werden, so sind sie doch in Sachen Versicherung, Alterssicherung und Anerkennung zu regeln und zu honorieren im wahrsten Sinne dieses Wortes, das seinen Wortstamm in der Ehre hat.

Alt mit Jung, Jung mit Alt

Wir werden immer älter. Der medizinische Fortschritt macht sich bemerkbar und gibt uns die Möglichkeit, nach der Erwerbsphase weiterzuarbeiten, aber eben selbstbestimmt, nicht entfremdet, mit neuer Orientierung und neuen Interessensfeldern. Die nach Zahl der Lebensjahre Alten haben jede Menge an Energie und Engagement zu bieten, wenn sie in einer angenehmen und diesen frischen Impulsen entsprechenden Atmosphäre dazu eingeladen werden. Jede soziale Einrichtung – und namentlich die öffentlichen und freien Träger, die für Familien tätig sind, ist aufgefordert, sich zu überprüfen und neu aufzustellen, was den Einsatz von Ehrenamt und Freiwilligenarbeit betrifft.

Freie Träger - Jugendhilfesysteme

Nehmen wir uns die Tagesordnungen der Jugendhilfeausschüsse vor, dann müssen wir diagnostizieren, dass zu oft, zu viel Jugendhilfeträgerpolitik und zu wenig Kinder- und Jugendpolitik und zu wenig Familienpolitik stattfindet. Können sich Eltern, können sich Kinder und Jugendliche identifizieren mit dem, was hier politisch beraten wird? Sind es ihre Anliegen, die im Mittelpunkt der Debatte stehen? Nicht überall, wo Jugendhilfe drüber steht, wird jungen Menschen auch geholfen – und die Interessen der Kinder und Jugendlichen finden nicht unbedingt hier die intensivste politische Reflektion.

Doch sind einseitig trägermonopolisierte Ausschüsse auf dem absteigenden Ast, sowohl quantitativ als auch – und erst recht – qualitativ. Es reicht längst nicht mehr und es war auch nie statthaft, sich mittels Ausschussinstrument lediglich über die gleichmäßige Verteilung des Jugendamts-Finanzkuchens zu verständigen. In anderen Sektoren wie z.B. der Bauwirtschaft wäre die Verteilung von öffentlichen Geldern in einem Ausschuss, der gesetzlich verpflichtend von BauunternehmenInnen besetzt wäre, als Befangenheit zu werten und damit abzulehnen. Das umfangreiche Vertrauen, das der Staat in die Jugendhilfe setzt, will verdient sein – und es ist sinnvoll, die vom Gesetzgeber gewünschte Fokussierung der Jugendhilfeinteressen immer wieder unter die Lupe zu nehmen und zu überprüfen, ob sie in der Praxis den Zielen der Familien-, Kinder- und Jugendhilfe gerecht wird.

Nun gibt es nach wie vor ein antiquiertes Nebeneinander von Familien- und Kinder-/Jugendpolitik, manchmal von beiden Seiten forciert aus Angst, an den gefestigten Strukturen zu rütteln, weil Strukturveränderung mit Existenzverlust gleichgestellt wird.

Umgekehrt wird ein Schuh draus: Wer sich notwendigen Veränderungen verschließt, muss tatsächlich um seine Existenz fürchten, denn bei den knappen öffentlichen

Kassen setzt ein sozialpolitischer Ausleseprozess ein, der nicht nach dem Kriterium „Was sich früher bewährt hat, soll erhalten bleiben“ funktioniert.

Sich bewähren heißt heute, sich den sozialen Notwendigkeiten und dem aktuellen Bedarf anzupassen und Leistungen zu erbringen, die auch nachgefragt werden und einer fortlaufenden Effizienzprüfung standhalten.

Moderne Gemeinnützigkeit

Damit ist aber nicht gemeint, alle Energien in hochauflösende QM-Programme zu investieren oder sich dem Wandel vom gemeinnützigen Verband zum profitorientierten Unternehmen zu verschreiben. Die Gemeinnützigkeit ist eine tragende Säule des Sozialstaates. Sie ist ein modernes Prinzip, das gerade angesichts des verhängnisvollen Trends, Wirkungsorientierung mit Gewinnmaximierung zu verwechseln, aktuelle sozialpolitische Bedeutung hat. Der Begriff „Wohlfahrtsverband“ mag angestaubt sein – seine gemeinnützige Mitgliederstruktur ist es gewiss nicht. Die AWO ist ein Sozialverband mit Zukunft als Verein mit Mitgliedern, nicht als Unternehmen mit Anteilseignern.

5. Die Arbeiterwohlfahrt: Lobby und Dienstleisterin

Sieben Handlungsfelder als Investition in die Zukunft:

- 1. Kindergärten**
Ausbau, Vorreiterin neuer Konzepte, AWO-Qualitätsoffensive
- 2. Ganztagschulen**
Veränderung des Lernens (formalen und informelles Lernen verknüpfen), gesellschaftspolitische Investition in Schule
- 3. Ehrenamt/Freiwilligendienst**
Ausbau des Engagements in den Freiwilligenjahren, Mitglieder werben – und engagieren, Kooperation mit dem Jugendwerk
- 4. Förderung von und Hilfe für Familien**
Beratungseinrichtungen, Essen auf Rädern als Basis für mehr
Zukunftsforum für Familie als Bindeglied mit deutlich gewachsenem Servicecharakter für die AWO-Gliederungen
- 5. Kampf gegen Armut und Armutsfolgen**
als Lobby und mit konkreter Hilfe, Arbeiterwohlfahrt als traditionelle Selbstverpflichtung – Einsatz für die, die keine Arbeit haben
- 6. Multikultur**
Tradition als ehemals größter migrantenbetreuender Wohlfahrtsverband, Niederlassung als Chance, moderne Familienarbeit mit MigrantInnen

7. Alt mit Jung, Jung mit Alt

Mehrgenerationenprojekte im Bereich des Wohnens, der Bildung, des sozialen Engagements

Familie hat Konjunktur, meine Damen und Herren. Es liegt an uns, es ist unsere öffentliche Verantwortung als Arbeiterwohlfahrt, als Träger des Sozialen, daraus gesellschaftlichen Gewinn zu erwirtschaften. Sozialer Profit für die Jungen, die Alten, die Frauen, die Männer, die Ausländer, die Inländer, die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer, die Regierungen, die Oppositionen.

Sozialer Gewinn für uns alle.